Rede der Fraktionsvorsitzenden der SPD zum Haushalt 2009

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

vor 10 Monaten haben wir hier im Rat den HH 2008 diskutiert und beschlossen.
Heute gelten für den jetzt vorgelegten HH 2009 in vielerlei Hinsicht ähnliche Voraussetzungen wie noch im Februar. Einiges hat sich in der Stadt auch weiter entwickelt:
Wir haben die Innenstadt fertig gestellt, ein Projekt, das über Jahre mit einem hohen Investitionsvolumen aber auch einem hervorragenden Baustellenmanagement verbunden war. Unsere Gewerbegebiete an der Zollpost und im Karree sind auf einem guten Weg in die Zukunft, die ökologische Verbesserung der Seseke nimmt langsam ihre endgültige Form an, wenn auch mit Verzögerungen – das sind alles gute Beispiele für Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung!

Ich habe damals von der kommunalen Selbstverwaltung und dem legitimen, ja verfassungsrechtlich garantierten Gestaltungsanspruch einer Kommune gesprochen. Von unserem Willen dieses Grundrecht zu erhalten und auszufüllen. Und ich habe, ohne hinter dem Berg zu halten, für meine Fraktion auch darauf hingewiesen, dass wir einen finanzpolitischen Drahtseilakt vollziehen, der, da müssen wir ehrlich sein, auch 2009 fortgesetzt wird.
In der NKF – Systematik sind immer die Folgejahre mit ins Blickfeld zu nehmen und das heißt sich sehr bewusst zu machen, dass es nur einer kleineren finanzpolitischen Unwägbarkeit bedarf und wir sind in der HSK – Pflicht. Fortgesetzt zwangsläufig im Nothaushalt.
Finanzpolitische Disziplin, Konsolidierung und <u>ernsthafte</u> Absichten eine HSK – Pflicht zu vermeiden prägen diesen HH. Dargestellt an den Plandaten bis 2012. Insbesondere muss es grundsätzlich unsere Verpflichtung bleiben im konsumtiven Bereich die Kreditaufnahme zu drosseln.

Es gibt deutliche Aussagen zur konjunkturellen Entwicklung 2009, die – im Bereich der Steuereinnahmen – davor warnen all zu hohe Erträge zukünftig einzuplanen. In der Finanzplanung muss deshalb ein realistischer Ansatz auf der Ertragsseite erfolgen. In der Einnahme profitiert auch die Stadt Kamen von der im Moment noch steigenden Steuerkraft. Deren Entwicklung ist mit Vorsicht zu beobachten. Einmaleffekte sollten hier nicht blenden! Unter dem Gesichtspunkt der derzeitigen wirtschaftlichen Lage und den weiteren Konjunkturaussichten für 2009 macht es Sinn, keine steuerliche Ephorie in die Prognose einzuziehen. Hier ist das deutliche Risiko vorhanden, dass unterjährig aktuelle Entwicklungen unsere Stadt auf heftigste treffen können!

Durch eingeplante Grundstücksverkäufe soll sich die Ertragsseite des HH noch weiter erhöhen. Die gute Gewerbesteuerentwicklung in diesem Jahr hat uns die Chance eröffnet, auf die eigentlich geplante Gewinnentnahme beim Eigenbetrieb zu verzichten und optional in den Folgejahren darauf zurückzugreifen.

Im Aufwand sind Ausgaben zu schultern, die wir größtenteils nicht beeinflussen können. Ebenso eine Erkenntnis mit der wir im Moment leben müssen. Viele pflichtige Ausgaben unterliegen einer externen Steuerung und regeln unseren Gestaltungsspielraum.
Die derzeitige Ankündigung die Kreisumlage um 1, 36 Punkte zu erhöhen, würde unsere Stadt mit Mehraufwendungen von über 1,2 Mio. € treffen. Wir als SPD Fraktion sind der Meinung, dass der Ansatz von 44.Punkten richtig ist, weil wir auch vom Kreis und den dortigen Fraktionen erwarten, dass sie verantwortungsvoll für alle Gemeinden im Kreis politisch wirken und gleichsam ernsthafte Aufwandsreduzierungen anstrengen. Andernfalls müsste die Stadt Kamen über weitere Kassenkredite den vom Kreis beanspruchten Gestaltungsspielraum finanzieren, was nicht sein kann!
Wir hoffen, dass die Signale, die derzeit die Städte im Kreis erreichen keine Nebelkerzen sind und wir unterstützen gleichzeitig

die berechtigten Proteste des Landrates gegenüber der geplanten Erhöhung der LWL Umlage, die absolut nicht hinnehmbar ist!

Wenden wir uns der Landesebene zu, dann sind wir mit einer Landesregierung konfrontiert, die keine Verantwortung wahrnimmt und sich auf statistische Durchschnittswerte zurückzieht, um lapidar auf landesweit steigende Kommunalfinanzen insgesamt zu verweisen. Die auch weiterhin das Motto „Privat vor Staat“ propagiert, obwohl diese falsche Maxime längst von der neueren Geschichte eingeholt worden ist. Was Private mit ihrer Gier und Rücksichtslosigkeit ausrichten können, wissen wir spätestens seit der Bankenkrise!

Wir nehmen deshalb zur Kenntnis, dass es kein ernsthaftes Interesse gibt, die Situation der Menschen in dieser unterfinanzierten Regionen nachhaltig zu verbessern! Das ist ein unerträglicher Zustand, der politisch verwerflich ist, den wir immer wieder klar benennen werden, denn diese Ungerechtigkeiten dürfen nicht wortlos hingenommen werden.

Nicht umsonst fordert der Deutsche Städtetag und der Gemeindebund ein ernsthaftes Programm des Bundes – und der Landesregierungen zur investiven Stärkung der Kommunen. Denn gerade kleinen und mittleren Kommunen kommt hier eine große Bedeutung zu. 65 % aller kommunalen Investitionen werden von kreisangehörigen Städten und Gemeinden durchgeführt. Sie sind notwendig, zur Stärkung der Städte und zur Stärkung der heimischen Wirtschaft und des Handels. Der Vorstoß der Landes - SPD, flankiert auch vom DGB, geht deshalb ebenso in die richtige Richtung. Die Forderung nach einem „Stärkungspaket Stadtfinanzen“ für die Kommunen. 45 % aller kommunalen Kassenkredite in Deutschland stammen derzeit aus NRW, ein deutliches Zeichen für ein tiefes Strukturproblem in dieser Region.

Und noch etwas macht diese dramatische Situation deutlich und ist uns wichtig:
Es kann nicht ernstfacht politisch hingenommen werden, dass für Kinder ab dem Kindergartenbesuch bis hin zur Schule oder Ausbildung, ihre Bildung, Erziehung - oder auch Freizeitqualität von der Steuer – und Finanzkraft der Stadt abhängt in der sie leben. Es kann nicht ernsthaft politisch hingenommen werden, dass Familien unterschiedlich belastet werden, da die Kinderbetreuungskosten von Gemeinde zu Gemeinde differieren! Diese unsinnige Art der Familienpolitik ist Familien rational nicht zu erklären und in der Erklärungsnot sind nicht in ernster Linie wir, sondern eine gesetzgebende Landesregierung, **die das aber bewusst so will, weil es ihre Art von Familienpolitik ist!**

Die Menschen leben hier, wollen hier arbeiten, gehen hier zur Schule, in den KG, verbringen hier ihre Freizeit. Sie haben ein Recht auf eine vernünftige Ausstattung von Schulen, Betreuungseinrichtungen, Straßen und Gebäuden in ihrer Stadt! Starke Städte bringen starke Leistungen für die Menschen, starke Städte sind in der Lage das richtige Maß an Bildung, sozialer Versorgung, Arbeit und Lebensqualität zu erbringen. Es ist ihre kommunale Verpflichtung! Wer das nicht erkennt, dass nicht fördert, sich dem verweigert macht keine Politik, die Menschen zugewandt ist.

Die Stadt Kamen wird gezwungen durch KK all diese Löcher zu stopfen! 3,3 Mio. € Mehraufwendungen alleine in 2009 bei den Posten Personal, Kibiz, Jugendhilfe und Kreisumlage – trotz Einnahmeverbesserungen von 1,3 Mio. – es reicht nicht und hier sind keinerlei extravaganten Ausgaben dabei!
Alle anderen Aufwendungen sind unsere Zuwendungen im freiwilligen Bereich, die in der Gesamtsumme eher unspektakulär sind und es sind unsere Abschreibungen und Zinsen.

Wer nun unter dem Gesichtspunkt der derzeitigen finanziellen Ausgangsbedingungen dieser Stadt ernsthaft behauptet der Anstieg der Verschuldung wäre „systematisch selbst herbeigeführt“, der verdreht Tatsachen und verkennt deutlich die politische Realität! Und er verschließt sich seiner Verantwortung für diese Stadt und ihre Menschen!

Neue Darlehn für neue werthaltige Investitionen sind deshalb richtig und wichtig.
Im investiven Bereich der Finanzplanung finden wir im Straßenbau die bekannten Projekte und Ansätze fortgeschrieben. Sie sind auch teilweise verbunden mit dem bereits laufenden Kanalbau, das ist alles sinnvoll.
Die geplante Aufnahme von investiven Darlehn in Höhe von 4,7 Mio. für 2009, in den Folgejahren nochmals 10,4 und 6,3 ist in der Linie ein mutiges Bekenntnis zur Stadtentwicklung und zu nachhaltigen Anlagewerten.
Wer an dieser Stelle investive Darlehn und KK zusammenwirft und von einer hohen Geamtschuldenzahl spricht, verschweigt der Öffentlichkeit, dass auch immer investiven Geldern Werte gegenüber stehen, die wir für unsere Stadt schaffen. **Darauf zu verzichten hieße, die Stadt aufzugeben und nicht zukunftsfähig sein zu wollen.**

Wir sagen „JA“ zu dieser Stadt und ihrer Entwicklung, „JA“ zu der Verantwortung, die unser Gestaltungsanspruch mit sich bringt.
Dieser erlaubt es uns auch, dass die freiwilligen Leistungen denen zu Gute kommen, die – oftmals ehrenamtlich- dazu beitragen, dass in unserer Stadt eine soziale Infrastruktur vorgehalten werden kann, die sie lebens - und liebenswert macht. Das soll so bleiben und deshalb stützen wir diese Struktur des Haushaltes, weil es gegenwärtig klug und richtig ist so zu handeln!

Umso mehr ist die weitere Botschaft dieses HH, das trotz beklemmender finanzieller Lage weiter investiert wird.
Mit dem Großprojekt „Bahnhofsumfeld“ wird jetzt konkret, nach der Innenstadtsanierung, ein weiterer Meilenstein im Bereich der Stadtentwicklung angegangen. Das heißt auch Verbesserung der „Park und Ride“ Qualität und der ÖPNV-Nutzung und bedeutet eine Entlastung des Wohnumfeldes, weil Parkdruck genommen wird.

Uns treffen zudem, wie alle anderen Bereiche und privaten Haushalte die enormen Steigerungen der Kosten im Energiesektor. Hier wird zum einen auch mit diesem HH die Linie fortgesetzt die städt. Gebäude zu sanieren um Energiekosten zu senken. (läuft = Rathausfassade)

Vorausgesetzt einer Landesförderung werden auch im nächsten Jahr die ersten energetischen Sanierungen bei 2 Schulen erfolgen. Ab 2010 stehen als deutliches Zeichen weitere Summen für unsere Schulen dazu in der Planung. In welcher Priorität das erfolgt, wird die Auswertung der Energiegutachten zeigen.

Auch die Sportlandschaft soll in den Folgejahren bessere Bedingungen für ihren Breitensport vorfinden. Da bei Neuanschaffungen immer auch die Folgekosten zu berücksichtigen sind, drängt sich die Errichtung von Kunstrasenplätzen nahezu von selbst auf. Diese Plätze sind mit Abstand in ihrer Pflege (auch im Verhältnis zur Nutzungsdauer) die günstigsten! Die Vereine wollen und brauchen die Plätze, um ihre Sport- und Jugendarbeit in den Stadtteilen weiter erfolgreich fortzusetzen!

Es sind ausgesuchte und vernünftige Projekte, die neben der strengen, konsolidierenden Haushaltsführung auf den Weg gebracht werden.

Wer hier nein sagt zu dieser Stadtentwicklung, wer nein sagt zu den Investitionen im Bereich der Schulen, des Sports, wer auch nein sagt zu der innovativen Entwicklungslinie beim Ausbau der Kinderbetreuung und wer letztendlich nein sagt zur damit verbundenen Wirtschaftsförderung, der sagt nein zu dieser Stadt!

Einen Gestaltungsanspruch so lange wie möglich zu erhalten sollte unser aller Anliegen sein, und wir appellieren hier an die anderen Fraktionen und insbesondere an die CDU als zweitgrößte Gruppierung: stellen Sie sich ihrer Verantwortung!

Oder reden Sie dann auch endlich Klartext und sagen Sie uns, wie denn Ihre sogenannte Entschuldung der Stadt aussieht!
Bisher haben wir da nicht viel gehört. Das sind Sie bisher seit Jahren schuldig geblieben. Sie haben in den letzten Jahren jeden HH abgelehnt und sich damit der positiven Entwicklung unserer Stadt verweigert!

Wir sagen klar, was wir für diese Stadt in Zukunft wollen:

- Investieren in die Zukunft, was die CDU im Übrigen auch noch im Februar verkündet hat, sich dem aber jetzt nicht mehr stellt!
- eine HSK-Pflicht so lange wie möglich vermeiden, um handlungsfähig zu sein!
- und auch Lebensqualität für die Menschen zu verbessern hier möchte ich zum Schluss noch ein Beispiel herausgreifen:

Kamen hat das ehrgeizige Ziel bis zum Jahr 2013 350 Betreuungsplätze für Kinder unter 3 Jahren anzubieten. Und das werden wir auch schaffen! Hier in dieser Stadt wird seit Jahren eine engagierte Politik für Familien gemacht und gerade im Bereich der Tagesbetreuungen von Kindern sind enorme Summen gezahlt worden und werden weiter zur Verfügung gestellt, um eine ausreichende Betreuungsvielfalt für Familien anzubieten. Das sind auch freiwillige Gelder, die gut in diesem Bereich angelegt sind.

Darüber hinaus ermöglicht uns eine Haushaltsführung ohne Aufsicht die Angebote der Jugendzentren weiter zu erhalten, die Arbeit der freien Träger und die der Kirchen und Vereine zu unterstützen, das hervorragende soziale Netzwerk dieser Stadt weiter zu fördern!
Im Bereich der kulturellen Angebote sind die neuen Konzepte, auf Basis der breiten Beteiligung von Sponsoren, aufgegangen und sollen fortgesetzt werden.

Die SPD Fraktion hält auch unter schwierigen Bedingungen am Gestaltungsanspruch für unsere Stadt fest.
Dafür ist dieser HH ein Beleg. Wir machen weiter Politik, die die Interessen der Menschen in dieser Stadt in den Mittelpunkt stellt.
Diese Politik ist realistisch und nicht populistisch.
Und ich sage Ihnen deutlich, die Bürger und Bürgerinnen können sehr gut erkennen, wer ihnen zugewandt ist und die Stadt weiter entwickelt!
Wir werden diesen Weg weiter gehen!

Kamen, den 11.12.2008 (es gilt das gesprochene Wort)